

Ein frohes Osterfest wünscht der SPD Ortsverein Vettweiß!



Weg mit den Straßenausbaubeiträgen

Bei der Erneuerung des Straßennetzes werden die Grundstückseigentümer in NRW bisher an den Kosten beteiligt. Die Kostenbeteiligung gestaltet sich regional sehr unterschiedlich. Teilweise ist sie für die Anlieger unverhältnismäßig teuer, kann bis zu fünfstelligen Beträgen anwachsen. Gerade viele ältere Menschen und junge Familien können sich die Ausbaukosten nicht leisten und sehen sich in ihrer Existenz bedroht.

Weil die Straßen weit überwiegend nicht nur von den Anliegern, sondern von der Allgemeinheit genutzt werden, wird die bisherige Regelung als ungerecht empfunden. Die Forderung, dass die öffentliche Hand die Kosten übernehmen muss, ist sachgerecht.

Deshalb hat die SPD Vettweiß den Rat der Gemeinde aufgefordert, sich in einer Resolution für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge auszusprechen.

Erfreulicherweise ist der Rat der Gemeinde in seiner Sitzung am 29.11.18 unserer Initiative, das Land NRW zu einer Abschaffung der Straßenausbaukosten aufzufordern, einstimmig gefolgt. Nun bleibt abzuwarten, ob die CDU geführte Landesregierung dem Anliegen positiv gegenübersteht. (AK)

<u>Demokratie à la CDU – oder – Darf es noch etwas weniger sein?</u>

Auf Antrag der SPD Fraktion stand in der Ratssitzung am 31.01.19 eine Resolution gegen die Abschaffung der Stichwahl in NRW auf der Tagesordnung. Die CDU und FDP Landesregierung planen die Stichwahl für NRW abzuschaffen.

Für die Bürgermeisterwahlen könnte das verheerende Folgen haben. Stellen Sie sich vor, in ihrer Gemeinde treten Kandidatin Müller, Kandidat Schmidt und Kandidat Meyer bei den Bürgermeisterwahlen an. Das Ergebnis endet mit 32 % für Herrn Schmidt, 33 % für Frau Müller und 35 % für Herrn Meyer. Ohne die Möglichkeit einer Stichwahl wäre Herr Meyer mit nur 2 % vor Müller und nur 3 % vor Schmidt, der Wahlsieger. Mit nur 35 % Zustimmung der Bürger Ihrer ganzen Gemeinde wäre Herr Meyer nun Bürgermeister.

Die Möglichkeit, sich in einer Stichwahl für einen der beiden unterlegenen Kandidaten auszusprechen und damit das Ergebnis zu drehen, wäre Ihnen genommen. Wir halten dies für falsch. Gerade in Zeiten von Populismus und dem Erstarken extremer Kräfte, sollte jedem Stimmberechtigten die Möglichkeit gegeben sein, sich als Wähler im Falle eines sehr knappen Ergebnisses noch anders entscheiden zu können.

Kein anderes Bundesland verzichtet übrigens auf die Stichwahl.

Ohne Stichwahl wird dem Wählerwillen weniger Rechnung getragen. Diese Meinung wird auch von Seiten der Wissenschaft mit großer Mehrheit vertreten. Staatsrechtler Martin Morlok äußerte sich im General-Anzeiger-Bonn vom 15.02.19: "Die Abschaffung der Stichwahl begründet ein erhebliches Demokratieproblem." Ohne Stichwahl, so der Staatsrechtler, würden

Minderheitenbürgermeister gewählt, deren Legitimation besonders gefährdet sei, da die Mehrheit der Wähler sich nicht für sie ausgesprochen hat. "Der überwältigende Teil der Fachwelt, (...) lehnt die vom Regierungslager angestrebte Änderung der derzeit gültigen Regelung ab.", schreibt die Redaktion des General-Anzeigers.

Leider sieht die CDU im Rat der Gemeinde Vettweiß dies offenbar anders. Weit mehrheitlich lehnte sie die Resolution für den Erhalt der Stichwahl in NRW ab. Bei der Wahl ihrer eigenen Parteivorsitzenden legte die CDU jedoch offenbar Wert auf eine größtmögliche Legitimation des Wahlsiegers. Frau Kramp Karrenbauer wurde erst im zweiten Wahlgang zur Vorsitzenden der CDU gewählt. Eine zweite Entscheidungsmöglichkeit, welche sowohl die Landes-CDU als auch die CDU der Gemeinde Vettweiß Ihnen als Bürger für die Wahl des eigenen Bürgermeisters nicht zugestehen will. So viel zur Demokratie... (AK)

Gemeinderat beschließt IKEK und Klimaschutzteilkonzept

In der Ratssitzung am 28.03.2019 haben wir im Gemeinderat einstimmig das IKEK (Integriertes kommunales Entwicklungskonzept) sowie ein Klimaschutzteilkonzept beschlossen. Die SPD Vettweiß hat beide Konzepte mitgetragen, da nun endlich bestehende Mängel in der Gemeinde Vettweiß benannt werden, die die Ratsmehrheit schon seit Jahren vernachlässigt hatte. Als besonders positiv sieht die SPD, dass die Bürger*innen der Gemeinde bereits im Vorfeld durch das Planungsbüro beteiligt wurden. Daher ergingen im letzten Jahr Einladungen an alle Bürger*innen, während der Veranstaltungen des Planungsbüros aus ihrer Sicht festzustellen, wo wir in unserer Gemeinde stehen, was gut ist, was nicht so gut ist, was fehlt. Im Ergebnis wurden gerade durch die Bürger*innen viele Missstände aufgezeigt, aber auch viele Wünsche geäußert. Die Ergebnisse decken sich, wie erwartet, in großen Teilen mit unserer Bürgerbefragung aus dem letzten Jahr.

Wir sind froh, dass die Einwohner der Gemeinde ihre Meinung kundtun und damit selbst Einfluss auf die Planungen nehmen konnten.

Bei der Aufstellung des Flächennutzungsplanes sieht die CDU-Fraktion das aber leider anders. In diesem Fall soll der Bürger erst am Schluss beteiligt werden. Die SPD hält das für eine falsche Entscheidung. Politik von oben herab ist nicht mehr zeitgemäß und bedeutet einen Rückschritt in der Bürgerbeteiligung. Mündige Bürger*innen wollen frühzeitig beteiligt werden und nicht erst, wenn alles schon festgezurrt ist.

Die Ergebnisse des IKEK stellten überwiegend durchaus keine Überraschung

dar (Verkehrsanbindungen ÖPNV, Einkaufsmöglichkeiten in den Ortsteilen,....), manches zeigt aber auch Handlungsbedarf an ganz anderer Stelle auf. Gemeindeeigene Liegenschaften wie Mietwohnungen/-häuser, Dorfgemeinschaftshäuser, Feuerwehrunterkünfte weisen mittlerweile einen nicht unerheblichen Sanierungsbedarf auf, den es zügig anzugehen gilt, wenn wir das Eigentum der Gemeinde erhalten wollen. Die Dorfinfrastruktur muss zukunftsfähig gemacht werden und die wichtige Infrastruktur unserer Feuerwehr muss an die Erfordernisse angepasst werden, um den bestmöglichen Schutz unserer Bürger*innen gewährleisten zu können. Hierzu zählt vor allem auch eine energetische Sanierung der Liegenschaften, wie im Klimaschutzteilkonzept angegeben, aber auch der Neubau eines zentralen Feuerwehrgerätehauses nach DIN (derzeit trifft dies auf kein einziges der Gemeinde zu!), um noch besser und schneller jeden Punkt unserer Gemeinde mit effektiver Ausrückstärke erreichen zu können.

Die Dorfgemeinschaftshäuser wurden aus Kostengründen vor Jahren an die Vereine übergeben. Dies musste sein, um in ein Haushaltssicherungskonzept zu gelangen. Viele Vereine fühlen sich damit jedoch allein gelassen. Dort wo Gemeinschaftshäuser in den Orten fehlen, wünschen die Bürger*innen sich, dass dieser Nachteil, den sie anderen Ortschaften gegenüber sehen, mit neuen oder umzubauenden Liegenschaften ausgeglichen wird.

Ein Beispiel, dass solche Pläne zwar gut gemeint, dann aber oft schlecht gemacht sind, ist der Kauf der "Alten Molkerei". Hier konnten die Planer des Klimaschutzteilkonzepts noch nicht mal eine Summe nennen, die erforderlich sein wird, um das Gebäude zu sanieren. Fakt ist, dass wir im Klimaschutzteilkonzept nachlesen können, dass neben anderer Mängel gerade im Energiebereich sehr viel getan werden muss, um die Alte Molkerei in einen guten Zustand zu versetzen.

Anders als seitens des Bürgermeisters behauptet, wird die Instandsetzung eben leider nicht mit etwas Farbe und ein paar Rigipsplatten getan sein – die Bürger werden es vermutlich an den Steuern bemerken...

Wir haben es jetzt schwarz auf weiß, dass viel Geld in die Hand genommen werden muss, um die Versäumnisse der letzten Jahre nachzuholen. Denn die Pflichtaufgaben der Gemeinde, die Liegenschaften und der Erhalt, sowie die Verbesserung der Infrastruktur müssen abgesichert sein. Leider ist die Gemeinde Vettweiß, anders als zuletzt im Rat behauptet, nicht gut aufgestellt, sondern befindet sich im Haushaltssicherungskonzept.

Was glauben Sie woher das Geld für solche Projekte kommen wird, wenn die Gemeinde es nicht hat? Schauen Sie mal ins Portemonnaie. (JüRu / JüO)

Unsere Kandidaten für Europa



Warum brauchen wir die europäische Union?

- internationale Kriminalität können wir nicht national bekämpfen
- · Klimawandel macht nicht an Landesgrenzen halt
- nur gemeinsam können wir mit Ländern wie China, Russland und den USA Schritt halten

Was sind die Ziele der SPD für Europa?

- faire Löhne, fairer Handel und gute Arbeitsbedingungen
- gerechte Besteuerung der Großkonzerne
- ein soziales Europa in Vielfalt, statt in Einfalt

Wasser aus der Leitung?

Das Thema Nitrat im Grundwasser ist seit längerem ein Thema in der Gemeinde Vettweiß. Auch bei einer Beibehaltung der in der Düngeverordnung festgelegten Vorgaben werden wir nach Expertenmeinung nicht unter 100 mg/l Nitrat im Grundwasser kommen. Der EU-Grenzwert von 50 mg/l wird damit weit überschritten. Bereits seit geraumer Zeit muss daher das belastete Rohwasser mit Grundwasser aus einem tieferen Brunnen

vermischt werden, um dem Verbraucher eine unbedenkliche Wasserqualität zur Verfügung zu stellen. Laut Wasserversorger wird allerdings auch dies zukünftig nicht mehr ausreichend sein, so dass man davon ausgeht eine Filteranlage einsetzen zu müssen, die den Wasserpreis fast verdoppeln wird. Aus diesem Grund hat die SPD Vettweiß gemeinsam mit der Fraktion Bündnis 90 die Grünen, den Rat der Gemeinde Vettweiß dazu aufgefordert, sich bei Bundes- und Landesregierung dafür einzusetzen, den verheerenden Entwicklungen entgegenzuwirken.

Dazu haben wir gefordert:

- -die Düngemittelverordnung so zu ändern, dass in stark betroffenen Gebieten eine Reduzierung der Düngung veranlasst werden kann. Verstöße sollen mit Sanktionen geahndet werden. Prüfungen sollen unabhängig und unangekündigt erfolgen.
- -die Landwirte für Ertragseinbußen die auf verringerter Düngung basieren, aus einem auf Bundesebene einzurichtenden Fonds zu entschädigen.
- -eine flächendeckende Datenbank einzurichten, welche transparent über die Belastung des Grundwassers Auskunft erteilt.

Anders als der politische Gegner glauben machen will, liegt uns nichts daran die Landwirtschaft zu verunglimpfen. Vielmehr muss sowohl der Schutz des Grundwassers als auch eine auskömmliche Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen möglich sein. In unserer Resolution fordern wir deshalb ausdrücklich, dass Landwirte, die durch regionale Düngebeschränkungen Ertragseinbußen davontragen, entschädigt werden müssen.

Leider hat die Ratsmehrheit mit 16 Stimmen und 3 Enthaltungen unsere Forderungen abgelehnt und stattdessen einen Punkteplan der CDU beschlossen, in welchem keinerlei Sanktionsmöglichkeiten und Kontrollen gefordert werden und nicht ein einziges Mal auf die Nitratbelastung des Grundwassers in der Gemeinde eingegangen wird.

Auf diese Weise wird sich die Situation kaum verbessern lassen. (AK)

Terminhinweis:

Am 22.05.2019 um 18:30 Uhr veranstaltet die Fraktion der SPD Vettweiß eine Podiumsdiskussion zum Thema "Nitrat im Grundwasser - Was können wir tun". Eine gesonderte Einladung finden Sie im Mai in Ihren Briefkästen.